

# Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Pulsnitzer Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontofällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. J. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 11

Montag, den 14. Januar 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

Reichszugler Hermann Müller ist am Sonntag von seinem Erholungsurlaub wieder in Berlin eingetroffen und wird an der am Montag stattfindenden Kabinettsitzung teilnehmen.  
Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Moutiers (Savoien) wurden elf Touristen 550 Meter unterhalb der Spitze des Mont Jovet von einer Lawine in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

(Verlängerung der Aufbrauchfrist für Briefumschläge mit unzulässigen Aufdrucken. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Briefumschläge, Streifenbänder (für Druckfächer, Tafeln für Warenproben), Anschriftszettel usw. mit unzulässigen Aufdrucken nur noch bis zum 31. Dezember 1929 aufgebraucht werden dürfen. Bei der Herstellung neuer Briefumschläge ist zu beachten, daß die Abfederbezeichnungen, Reklamen usw. auf das linke Drittel der Vorderseite der Briefumschläge, Streifenbänder usw. und auf die Rückseite der Umschläge usw. (unter Freilassung eines mindestens 2 1/2 Zentimeter breiten Raumes am oberen Rande) beschränkt bleiben.

(Mischwellen der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden.) Angesichts der ungeheuren Steigerungen der Ausgaben der Sozialversicherung wird nur wenig die verhältnismäßig noch höhere Steigerung der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden erwähnt. Wie aus der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Finanzstatistik hervorgeht, stieg der Zuschußbedarf bei der wirtschaftlichen Fürsorge gegenüber der Vorkriegszeit von 158 auf 715 Millionen Reichsmark. Es haben sich also die Ausgaben vervierfacht, ja in den Städten mit 25 000 bis 100 000 Einwohnern sogar verfünffacht, während die daraus sich ergebenden Steuerlasten auf das Vierfache gestiegen sind. Bei der gesamten Wohlfahrtspflege stieg der Zuschußbedarf der Gemeinden anteilgemäß von 14 v. H. in der Vorkriegszeit auf 38 v. H. der Gegenwart. Am stärksten tritt diese Steigerung in den Großstädten mit 19 v. H. gegen 48 v. H. in Erscheinung, während sie in den Kleinstädten von 8—9 v. H. auf 22—25 v. H. angewachsen ist. Allein bei der Jugendwohlfahrt ist eine Steigerung des Zuschußbedarfs von 125 auf 254 Millionen Reichsmark zu verzeichnen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen auf die Ausgaben für Jugend-, Wohlfahrt und Gesundheitswesen in den Großstädten 8,17 RM, in den Mittelstädten 4,54 RM, für das Wohnungswesen in den Großstädten 15 RM, in den Mittelstädten nicht ganz 10 RM für den Kopf, bei einer Gesamtausgabe von 450 Millionen RM. Dem standen in der Vorkriegszeit, ebenso wie dem jetzigen Zuschußbedarf von 112,5 Millionen RM der Erwerbslosenfürsorge nur geringe Summen gegenüber. Bedenkt man dabei, daß die Steuerbefugnisse sowie die Steuerkraft der Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit sehr beschnitten ist, dann ist es erklärlich, daß der Etat der Gemeinden äußerst schwierig zu balancieren ist.

(Sächsischer Militärvereinsbund.) Das Bundespräsidium des Sächsischen Militärvereinsbundes gibt bekannt, daß die diesjährige 56. Bundesversammlung am 29. und 30. Juni in Pirna stattfindet.

(Nur 35 Millionen für Kleinrentner.) Laut „Post. Ztg.“ wird im neuen Reichsetat als einmalige Beihilfe für Kleinrentner ein Betrag von 35 Millionen eingesetzt werden. Im vorigen Haushaltsplan waren für diese Zwecke zunächst 25 Millionen, im Notetat aber dann weitere 25 Millionen bewilligt worden. Bei der angespannten Finanzlage des Reiches will man diesmal sofort einen etwas größeren Betrag einsetzen, aber keinerlei Nachforderungen mehr genehmigen. Infolgedessen ist dem Blatt zufolge wohl auch das Schicksal des Rentnerversorgungsgesetzes, das von verschiedenen Parteien gefordert wird, sehr zweifelhaft. Man hat im Reichsarbeitsministerium berechnet, daß sich im Jahre 1927 ungefähr 300 000 Kleinrentner in Fürsorge befanden, daß aber bei Annahme eines derartigen Gesetzes mindestens 300—400 Millionen erforderlich wären, um den Kleinrentnern eine jährliche Rente bezahlen zu können, selbst wenn durch den Gesetzesanspruch, den die Rentner dann erhielten, eine Ersparnis von 75 bis 90 Millionen an Fürsorgemitteln einträte.

## Landwirtschaft und Reparationsfrage

Rede des Reichslandbundes-Präsidenten Hepp

Darmstadt. In einer Versammlung des Hessischen Landbundes sprach der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Hepp, über „Des Bauern Kampf um sein Recht“. Hepp kam auf den optimistischen Bericht des Reparationsagenten zu sprechen und sagte, daß er darin eine ungeheure Gefahr für die Gestaltung der kommenden Sachverständigenberatungen sehe. Wenn der Reparationsagent die Lage der deutschen Landwirtschaft studiert hätte, so wäre er zu einem anderen Ergebnis gekommen. Die deutsche Wirtschaft stehe nicht auf gesunder Grundlage. Die Industrie verdanke ihre Scheinblüte fremdländischen Krediten. Die Auffassung, als ob der Bauer bei den Reparationsfragen nicht mitzurechnen habe, sei falsch; denn der Bauer habe mit seiner Verschuldung und Verarmung den größten Teil der auswärtigen Verpflichtungen abgetragen. Daher habe der deutsche Bauer aber auch weit mehr Recht als andere Berufsstände, bei den Reparationsfragen mitzurechnen. Es sei bedauerlich, daß bei der Ernennung der Sachverständigen keine Vertreter der Landwirtschaft berücksichtigt worden seien.

Der Redner fragte dann: „Kann man von dem deutschen Volk, dessen Wirtschaftskörper zerissen, dessen Vermögen zerronnen ist und das bereits weit über 30 Milliarden Goldmark bezahlt hat, überhaupt noch weitere Leistungen verlangen?“

Das heutige System des Parlamentarismus mit seinen Ueberpannungen und seinen Korruptionsercheinungen stehe vor einer schweren Krise. Wir hätten heute noch keine verfassungsmäßige Regierung und hätten die seltsamsten Schwankungen und Abstimmungen im Kabinett und Parlament. Wir sind keine Anhänger dieses Systems, und wenn dieses System sich selber abwirft, so wollen wir es nicht daran hindern. Der Weg der Selbsthilfe der Landwirtschaft weise hin auf die Genossenschaften. Es fehle allerdings noch an Genossenschaftsgeist.

## Westdeutschlands Industrie über den Gilbert-Bericht bestürzt.

Bochum. In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer in Essen machte der Präsident, Generaldirektor Tengemann, bemerkenswerte Ausführungen zur Wirtschaftslage. Mit allem Nachdruck wies er darauf hin, daß die Wirtschaftskreise des rheinisch-westfälischen Industriebezirks durch den letzten Bericht des Reparationsagenten aufs äußerste bestürzt seien. Dieser Bericht sei schon darum grundfalsch, weil er an der im Auslande bekannten Tatsache vorbeigehe, daß der Dawesplan bisher nur formal und lediglich deshalb funktioniere, weil das Ausland ungeheure Summen zur Bezahlung der uns auferlegten Lasten geliehen habe. Der Staat müsse durch erste Inangriffnahme der Verwaltungs- und Steuerreform die unermäßig hohen Steuern abbauen, um insbesondere die Kapitalbildung anzuregen.

## Poincaré gegen Herabsetzung der Dawestribute.

Vertrauensvotum der französischen Kammer für den Ministerpräsidenten.

Paris. Die französische Kammer hat mit 325 gegen 251 Stimmen der Regierung Poincaré das Vertrauen ausgesprochen. Im Verlaufe der Kammer Sitzung hatte Poincaré eine Rede gehalten, in der er die Reparationsfrage behandelte und u. a. erklärte, wenn den französischen Forderungen keine Gerechtigkeit widerfähre, werde man auf den Dawesplan zurückkommen, wenn die Sachverständigen dagegen eine dem französischen Standpunkt entsprechende Lösung finden, könne man das Problem der interalliierten Schulden unter einem neuen Gesichtswinkel betrachten.

Poincaré forderte, die Kammer müsse sich hinter ihn stellen, da sonst schwere Rückwirkungen wegen der Vorbereitung des Etats und der Sachverständigenberatungen die Folge wären. Frankreich habe bei irgendeiner Veränderung des Dawesplanes nicht zuzugewinnen, denn die gegenwärtigen Zahlungen ließen einen genügenden Ueberschuß für den Wiederaufbau. Die Gläubigerstaaten hätten Wert darauf gelegt, Deutschland über die Natur und die Bedeutung ihrer Forderungen in Kenntnis zu setzen. Sie sind darin einstimmig zu der Auffassung gelangt, daß sie vorwiegend halber Deutschland mitteilen müßten, welches Minimum sie anzunehmen in der Lage seien.

Poincaré ist also der Ueberzeugung, daß Deutschland auch ohne Wirtschaftsüberschüsse Jahrzehnte hindurch jährlich 2,5 Milliarden zahlen könne. Unter diesem Gesichtspunkte wären die Verhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz für Deutschland aussichtslos, Deutschland muß aber auf der Forderung der Herabsetzung der Dawessumme nach wie vor bestehen bleiben, da sonst die deutsche Wirtschaft gänzlich zum Erliegen kommt.

## Sehr schnelle Antwort Rußlands an Polen.

Moskau. Die Antwort der Räteregierung auf die dürftige und fadensteinerne Polennote ist bereits erfolgt, wobei die Schnelligkeit überrascht, die im Gegenzug zu der langen Zeit steht, die Polen für seine Stellungnahme gebraucht hat.

Litwinow wirft Polen vor, daß es den Stand der Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau über das Neutralitätsabkommen ungenau dargestellt habe, und er überläßt Polen die alleinige Schuld an dem Stillstand der Verhandlungen. Gerade weil Polen den Kellogg-Pakt unterzeichnet habe, ohne irgendwelche Klauseln zu verlangen, hätte man in Moskau gemeint, daß in Warschau gegen das Protokoll keine Einwände erhoben würden. Man scheine in Warschau die Protokollunterzeichnung von der Teilnahme anderer Staaten abhängig zu machen.

Bezüglich der Randstaaten teilt Litwinow mit, daß er auf diplomatischem Wege ihre Stellung zum Kellogg-Pakt zu klären versucht habe. Litwinow erklärt sich für Rußland bereit, auch an Rumänien die direkte Aufforderung zum Beitritt zum Protokoll zu richten, sobald feststehe, daß Rumänien den Kellogg-Pakt unterzeichnet habe. Allerdings könnten dadurch

## die bestehenden russisch-rumänischen Streitfragen nicht gelöst werden.

In der russischen Note wird dann der polnische Hinweis als billiger Vorwand entlarvt, daß im Kellogg-Pakt selbst von irgendeiner Solidarität der Unterzeichner als Voraussetzung für dessen Inkrafttreten nicht die Rede sei. Litwinow betont zum Schluß, daß sein Vorschlag auf jeden Fall seinen Wert als ein Instrument der Friedenssicherung zwischen Moskau und Polen behalte, selbst wenn sonst kein anderer Staat beiträte.

## Polnische Zollmaßnahme gegen Deutschland.

Warschau. Die polnische Zeitung „Gazeta Poranny“ weiß zu berichten, daß zwei längere Besprechungen zwischen Dr. Seres und dem polnischen Bevollmächtigten Zarowski stattgefunden haben. Trotz erschöpfender Aussprache sei es gelungen, eine Einigung in bezug auf das weitere Verhandlungsprogramm zu erzielen. Der Aufnahme konkreter Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag ständen noch verschiedene Schwierigkeiten entgegen.

Der polnische Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, einen Ausfuhrzoll auf polnische Rohstoffe zu erheben. Diese Maßnahme richtet sich unmittelbar gegen Deutschland.

## Pierpont Morgan und Owen Young die Vertreter Amerikas?

Paris. Einer Privatinformation des „New York Herald“ zufolge werden John Pierpont Morgan und Owen Young die amerikanischen Vertreter auf der Pariser Konferenz der alliierten und deutschen Sachverständigen zur Lösung des Reparationsproblems sein. Thomas Nelson Perkins wird als Stellvertreter sowohl für Morgan wie für Young dienen.

## Politischer Umsturz in der Nordmandschurei.

Peking. Wie aus Tokio gemeldet wird, soll ein politischer Umsturz in der Nordmandschurei eingetreten sein. Tschanghsueliang sei gefangen genommen worden und das Waffendepot von russischen Besatzern, die angeblich von dem ehemaligen Generalstabschef Tschanghsueliang und dem letzten Generalstabschef Tschanghsueliang, General